

## Der Berliner W-E-R-T-E-Aktionsplan gegen Putin-Propaganda

### Kernaussagen

- Die CDU Berlin fordert umfangreiche Maßnahmen gegen Versuche des russischen Staates, durch propagandistische und geheimdienstliche Mittel unsere Gesellschaft zu spalten
- Die CDU Berlin will die Teilhabe Deutscher aus Russland und russischsprachiger Berliner stärken und fordert den Berliner Senat auf, deutlicher gegen jegliche Diskriminierung vorzugehen
- Der Berliner Verfassungsschutz soll Destabilisierungsversuche russischer Geheimdienste stärker priorisieren und unterbinden. Dazu zählt auch eine stärkere Beobachtung antidemokratischer Parteien
- Der Senat muss zivilgesellschaftliche Modellprojekte ins Leben rufen, die sich gezielt gegen Desinformation richten. Medienkompetenz muss stärker in den Schulplänen verankert werden

Seit Jahrzehnten leben in Berlin hunderttausende Deutsche aus Russland und russischsprachige Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Wurzeln in der ehemaligen Sowjetunion in einem guten und friedlichen Miteinander. Sie alle sind ein wertvoller Teil unserer Gesellschaft. Für die allermeisten von ihnen waren Putins Überfall auf die Ukraine und die furchtbare Gewalt genauso unerwartet und schockierend wie für die meisten anderen Berliner auch.

In der aktuellen Flüchtlingskrise zeigt sich Berlin von seiner solidarischsten Seite. Sehr viele Menschen - auch mit russischsprachigem und ukrainischsprachigem Hintergrund - engagieren sich tagtäglich bei der Hilfe für ukrainische Kriegsflüchtlinge. Sie helfen bei der Ankunft, bei der Versorgung, sie helfen mit ihren Sprachkenntnissen, unterstützen in den Willkommensklassen, wirken stabilisierend und friedensstiftend, schaffen gemeinsame Aktivitäten, begleiten zu den Ämtern und nehmen Schutzsuchende bei sich zuhause auf.

Dieses friedliche Zusammenleben ist dem Regime des Diktators Putin ein Dorn im Auge. In den vergangenen Jahren unternahm Russlands Führung große Anstrengungen, ein globales Desinformationsnetzwerk zu schaffen. Dahinter steht die Absicht, demokratische und offene Gesellschaften zu destabilisieren und die öffentliche Meinung zu manipulieren. Mithilfe von Lügen, Halbwahrheiten, Provokationen und selektiven Tatsachen wird ein negatives Zerrbild von demokratischen Regierungen und freiheitlichen Gesellschaften verbreitet. Gleichzeitig wird ein vermeintliches positives Bild von Russland, dem Zusammenleben der Völker in Russland und vor allem von Putin selbst gezeichnet.

Gesellschaften, die durch Desinformation gespalten werden, weisen vier Merkmale auf:

- eine zunehmende Uneinigkeit über Fakten
- die Trennlinie zwischen Meinungen und Fakten verschwimmt
- Meinungen erhalten gegenüber Tatsachen einen höheren Stellenwert
- das Vertrauen in etablierte Institutionen und Staatsorgane sinkt

Gerade in Zeiten, in denen das Ausmaß der Gräueltaten und der Kriegsverbrechen der russischen Armee in der Ukraine bekannt wird, unternimmt der russische Staat massive Anstrengungen, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen, insbesondere die der hier lebenden russischsprachigen Menschen.

Die aktuelle Desinformationskampagne verfolgt in Deutschland zwei Narrative. Das erste ist, dass der Krieg unausweichlich gewesen sei, weil die Nato an Russlands Grenzen heranrückte und die Russische Nation als Ganzes vernichtet werden sollte. Das zweite Narrativ ist, dass die hier lebenden russischsprachigen Menschen systematisch diskriminiert und bedroht würden. Die Tatsache, dass deutsche Behörden seit Beginn des Krieges mehr als 300 Straftaten gegen russischsprachige Menschen registriert haben, bereitet der Propaganda einen fruchtbaren Boden.

## **Das W-E-R-T-E-Konzept der CDU Berlin gegen Desinformation und Ausgrenzung**

Die CDU Berlin verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz gegen Versuche, unsere Stadtgesellschaft zu destabilisieren: Wachsamkeit stärken, Engagement fördern, Resilienz steigern, Teilhabe ermöglichen und Exklusion bekämpfen. Ziel ist es, Desinformationsangriffen mit wehrhaften und inklusiven Maßnahmen zu begegnen und ihnen den Boden zu entziehen.

**Wachsamkeit stärken:** Eine wehrhafte Demokratie muss robuste Antworten auf Angriffe geben. Dazu gehört, mit aller Konsequenz und allen rechtlichen Mitteln gegen Hassdemonstrationen vorzugehen. Dazu gehört auch, Desinformationskampagnen beispielsweise in den sozialen Medien zu erkennen, zu entlarven (Debunking) und wenn möglich zu löschen. Die Hintermänner von Desinformationskampagnen müssen schneller und konsequenter identifiziert werden. Allgemein muss die Einflussnahme ausländischer Akteure auf Berlins Bevölkerung deutlich erschwert oder im besten Fall verhindert werden. Dazu muss der Berliner Verfassungsschutz gezielt gestärkt werden. Gerade während des Krieges in unserer unmittelbaren Nachbarschaft, muss die öffentliche Ordnung gewahrt und der gesellschaftliche Friede geschützt werden. Deshalb fordern wir, dass die Innenverwaltung der Bekämpfung ausländischer Einflussnahme eine höhere Priorität beimisst. Berlin darf nicht zu einer Bühne von Putins Propaganda-Show werden. Ziel muss es auch sein, bewusste Provokationen durch ausländische, staatliche Akteure rechtzeitig zu erkennen, die sich gegen ukrainische oder russische Zivilisten in Berlin richten. Darüber hinaus muss der Verfassungsschutz auch die Beobachtung von putintreuen Aktivisten, Propagandisten und Einflussagenten in Parteien wie der AfD ausweiten.

**Engagement fördern:** Berlin muss zivilgesellschaftliches Engagement gegen Desinformation fördern. Der Senat muss Projekte und Träger fördern, die sich speziell mit dem Thema (ausländischer) Desinformation beschäftigen. Während die Schwerpunkte solcher Präventionsarbeit bisher vor allem auf den Bereichen Rechtsextremismus und Islamismus lagen, wurde lange Zeit die Wirkung gezielter Desinformationskampagnen unterschätzt. Im Ergebnis wurde auch die Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements gegen solche Angriffe vernachlässigt. Deshalb muss der Senat Modellprojekte ins Leben rufen, die sich diesem Phänomen gezielt widmen. Hass im Netz ist oft das Produkt von Desinformation. Das Land Berlin muss sich auch im Bund dafür einsetzen, dass mehr Mittel aus dem Budget des Familienministeriums, etwa aus dem Programm „Demokratie leben!“, für Projekte gegen Desinformation eingestellt werden. Dazu zählt auch die Anerkennung von Desinformation als ein eigenständiges Themengebiet in der Präventionsarbeit.

**Resilienz steigern:** Es muss eine Sensibilisierung der Bevölkerungsgruppen stattfinden, die im Fokus ausländischer Desinformationskampagnen stehen. Das betrifft auch - aber nicht nur - russischsprachige Menschen. Dazu bedarf es konsequenter, niedrigschwelliger Angebote und Informationen in unterschiedlichen Sprachen mit Einbindung von Vereinen und Organisationen, in denen sich Deutsche aus Russland und russischsprachige Mitbürger organisieren und engagieren. Mobile Beratungsteams können hierbei wichtige Aufklärungsarbeit vor Ort leisten, indem sie die

Medienkompetenz fördern und dabei helfen, Desinformation als solche zu entlarven. Darüber hinaus muss es in Schwerpunktgebieten zu einer Sensibilisierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der öffentlichen Jugendfreizeiteinrichtungen und Familienzentren kommen. Sie sind oft Vertrauens- und Autoritätspersonen und die unmittelbaren Ansprechpartner für Jugendliche und Familien. Medienkompetenz muss grundsätzlich stärker in den Unterrichtsplänen der Schulen und Berufsschulen verankert werden. Viele Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene informieren sich vorrangig über soziale Medien. Es ist die Pflicht des Staates, sie dabei zu unterstützen, Manipulationsversuche frühzeitig zu erkennen.

**Teilhabe ermöglichen:** Berlin muss stärker in den Dialog mit den Vertretungen der Deutschen aus Russland treten. Dazu bedarf es dauerhafter, regelmäßiger und institutionalisierter Treffen. Ziel muss es sein, Fragen, aktuelle Sorgen und Herausforderungen zu besprechen und gemeinsam Lösungsstrategien zu entwickeln. Wir wollen praxisorientierte Impulse für das Leben und die Belange der Deutschen aus Russland in Berlin setzen. Dazu zählt besonders die Prävention von Diskriminierung. Die CDU Berlin setzt sich auch für eine stärkere Beschäftigung mit der Geschichte der Deutschen aus Russland in den Schulklassen und der Öffentlichkeit ein.

**Exklusion bekämpfen:** Putins Ziel ist die Spaltung unserer Gesellschaft. Wir dürfen es nicht zulassen, dass Menschen aufgrund ihrer Herkunft benachteiligt, ausgegrenzt oder tätlich angegriffen werden. In Zeiten des Krieges steigt die Gefahr, dass sich emotional aufgeheizte Spannungen auf Berlins Straßen entladen. Wer in Deutschland Ukrainisch oder Russisch sprechende Menschen angreift, tut Putins Werk. Er vergeht sich auch an den Grundprinzipien unseres Zusammenlebens. Die Innenverwaltung muss solche Straftaten gesondert erfassen, aufklären und Täter konsequent zur Verantwortung ziehen. Auch Ausgrenzungen, die unterhalb der strafrechtlichen Schwelle stehen, müssen bekämpft werden. Dazu muss der Senat bestehende Präventionskampagnen anpassen und gezielte Maßnahmen gegen diese Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ergreifen.